

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

97 (30.4.1910) 3. Blatt

# Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrums Partei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. Bei der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 90 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 1,30, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 1,37 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p><b>Beilagen:</b> Einmal wöchentlich; das illustrierte Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich; das viertägige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p><b>Verlagspreise:</b> Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Bestellen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Bestellungen: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>

## Der abgelehnte politische Massenstreik.

Die nach außen hin scheinbar imposanten, nach innen hin selbst nach sozialdemokratischer Ansicht völlig bedeutungslosen Streikdemonstrationen der Sozialdemokratischen „Genossen“ den Streikern arg schwellen lassen. In einer Reihe sozialdemokratischer Blätter kam die Meinung zum Ausdruck, ob es sich nunmehr nicht empfehlen, von den Streikdemonstrationen zu einem noch „stärkeren“ Mittel im „Wahlrechtskampf“ überzugehen, als welches dann nur der politische Massenstreik ernstlich in Betracht kommen konnte. Während nun die radikalen sozialdemokratischen Blätter mittlerweile den Gedanken des politischen Massenstreiks in den Köpfen der „Genossen“ nach zu erhalten sich bestreben, lehnen sich zwei Hauptorgane derselben, *Kaustsky* und *Vernstein* — jeder natürlich in einem anderen Lager, der eine in der offiziellen „Neuen Zeit“, der andere in sozialdemokratischer *Regerung*, den Sozialistischen Monatsheften — auf die Idee, auf die Opportunität eines politischen Massenstreiks unter den heutigen Verhältnissen ihre wissenschaftlichen Betrachtungen anzustellen und deren Ergebnisse den erwartungsvoll blickenden „Genossen“ als die Produkte wissenschaftlicher Erkenntnis vorzulegen.

## Kirchliche Nachrichten.

**Freiburg.** Pfarrer Graf von Unterrombach hat die Pfarre Heitersheim erhalten. Pfarverweser Graf in Oos erhielt die Groß-Präsentation auf die Pfarre Heitersheim; Pfarverweser Karl Pfeuffer jene auf die Pfarre Sandhofen bei Mannheim.

**Unterrombach.** 24. April. Sonntag, 8. Mai d. J. wird auf dem Michaelsberge bei Unterrombach das Fest St. Michaels Erscheinung feierlich begangen. Am Abend in der Pfarrkirche feierliche Messen, Freitag 9 Uhr in der Pfarrkirche und in der Kapelle. Am 8. Mai Hauptgottesdienst (Singmesse) in der Pfarrkirche; darauf feierliche Prozession auf den Berg, woselbst im großen Festpredigt und Hochamt bei ausgebreitetem Allerheiligen stattfindet. Nachmittags 2 Uhr feierliche Andacht zu Ehren der hl. Mutter Gottes mit Ansprache und Abschiedsversammlung. Alle Gläubigen, welche nach vorübergehendem Empfang der hl. Sacramente und nach der Meinung des hl. Vaters beten, können einen vollkommenen Ablass. Zu dieser Feier werden die Gläubigen von Maß und Fein freundlichst eingeladen.

**Malsb.** 5. 28. April. (Gottesdienst auf dem Michaelsberg.) Am nächsten Sonntag, 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, geht, wie alle Jahre, eine Prozession von der Pfarre Malsb. auf den Michaelsberg, dabei ist um halb 3 Uhr Predigt, dann Andacht zu den 7 Schmerzen Mariä. Alle Gläubigen, welche an diesem Sonntag nach vorübergehendem Empfang der hl. Sacramente auf dem Michaelsberg nach der Meinung des hl. Vaters beten, können einen vollkommenen Ablass gewinnen. — In der Kapelle sind jederzeit fünfjährige Stipendien zu haben.

Die heutige Zeit eine Übergangsperiode. Paul H. v. d. R. hat in jedem ihm zu Ehren veranstalteten Festmahl in Ebingen, wo er sich zurzeit auf einer Firmungsbefreiung befindet, eine Rede, in der er u. a. bemerkte: „Es liegt so viel daran in heutiger Zeit, es bedarf die heutige Kultur so sehr der höheren Potenzen und geistigen Kräfte, dieser Kräfte einer anderen Welt, dieser Welt, die so vielfachen Impponderabilitäten. Man kann ja schließlich in jeder Zeit alles abgeben, was man will, aber man darf nicht vergessen, daß Neues herauszubringen meist aus schmerzlichen Mühen, das ist doch wohl sicher, daß die heutige Zeit in besonderem Sinne den Namen einer Übergangsperiode verdient. In solcher Zeit besteht immer eine große Gefahr, daß man das Alte unterdrückt und das Neue überhört, daß man alles, Verehrtes, Unerforschtes, auch wenn es sehr wertvoll ist, auch wenn es durchaus unentbehrlich ist, abschäßig behandeln, ausgliedern will

## des Massenstreiks nahelegen und sie mit dieser vertraut zu machen.

Dagegen steht Vernstein (Sozialistische Monatshefte Nr. 8) der Frage des politischen Massenstreiks weit skeptischer gegenüber. Denn: Die Erfahrungen aller Länder, in denen bisher der politische Streik in Anwendung gebracht wurde, haben als nicht mehr absehbare Folge ergeben: Der politische Massenstreik ist, wo er Zwang ausüben soll, nur als ein zweifelhaftes Mittel in Betracht zu ziehen und ist in einer Hinsicht der Fülle hat er sich bisher als anwendbar, nur in ganz vereinzelten Fällen als Erfolg bringend erwiesen. Und unter diesen vereinzelten Fällen wiederum ist noch kein einziger, wo ein politischer Massenstreik Erfolg gehabt hätte, der von der Partei der Arbeiter allein ausging und sich gegen die konservativen sowie gegen die liberalen Parteien des Bürgertums richtete. Die Dinge wirklich liegen, ist nach Vernstein der politische Massenstreik als schwierig geeignet, seinen Zweck zu erreichen, nämlich „Staat und Gesellschaft dadurch zu treffen, daß er das ganze gesellschaftliche Gefüge in Unordnung bringt, das ganze Blut- und Nervenystem des sozialen Körpers in seinen Funktionen lähmt.“ Begründet wird das unter anderem folgendermaßen:

Die Arbeitseinstellung ganzer Industrien würde sehr lange andauern müssen, um die mittlere und die oberen Klassen in ihrer Allgemeinheit zu treffen. Die Arbeiter der Volkswirtschaften können lange streiken, bis die Befehlsenden empfinden Mangel an Mehl, Milch, Schokolade, etc. Deren Vorräte würden jedoch streik überdauern. Wenn mit noch vielen anderen Verbrauchsgewerken, ob es sich um Verarbeitung von Metall, Holz, Leder, Eisen oder irgendwelche Masse handelt. Auch die vorausschicklichen Wirkungen eines Streiks der Nahrungsmittelearbeiter auf die Befehlenden werden sehr überhöht. Man überhört dabei die vielen Möglichkeiten der Erzeugung der Lebensmittel. Zudem ist der politische Massenstreik auch gefährlich, da er ohne einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht kaum ablaufen dürfte. Nach dieser Richtung führt Vernstein aus:

Man kann es offen aussprechen, daß, wenn viele Hunderttausende streiken — und andere, die über die Arbeiter in Deutschland nicht nachlässig — sie auf die Dauer nicht still zu bringen sind. Sie werden, sie können es nicht ruhig mit ansehen, daß freiwirtschaftlich oder kommunistisch die Wirtschaften der Arbeiter verrichten, die die Wirkungskraft der Oper, die sie sich aufrufen, wieder aufheben oder abschwächen. Sie würden durch die Logik der Dinge gezwungen werden, für das Stillbleiben aller Arbeiter eventuelle Gewaltmittel zu verwenden. Und das heißt dann in der einen oder anderen

Weise Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht. Ohne solche ist ein politischer Massenstreik, der die Regierenden zur Bewilligung von Forderungen zwingen soll, die sie und die hinter ihnen stehende bürgerliche Mehrheit entschlossen sind, nicht zu bewilligen, fast undenkbar. ... Spiel, politisches Glückspiel und nichts anderes, wäre der zu Zusammenstoßen treibende Massenstreik. Bei ihm hieß es Va banque: entweder alles oder nichts. Alles: denn als Sieger würden die Arbeiter unter diesen Umständen sich nicht mit der bloßen Wahlforderung begnügen; nichts: denn als Besiegte würden sie nicht über sich ergehen lassen müssen als bloß die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen. Und darauf es ankommen zu lassen liegt wahrhaftig kein Grund vor.

## Baden.

**Karlsruhe, 30. April 1910.**  
Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich gnädig demogen gefunden, dem Hauptlehrer Ludwig Verberich in Brudal das Ritterkreuz zweiter Klasse des Ordens vom Pfälzer Löwen zu verleihen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gnädig gerühmt, den Direktor der Realchule in Offenburg Franz Dohle unter Zurücknahme seiner Verlegung in gleicher Eigenschaft an das Realprogymnasium in Mosbach zum Professor am Gymnasium in Karlsruhe und dem Professor Alexander Kanzer an dieser Anhalt zum Direktor des Realprogymnasiums in Mosbach zu ernennen.

Mit Entschiedenheit des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurden die Ingenieurpraktikanten Karl Müller von Speyer, Adolf Bußion von Freiburg, Friedrich Dippel von Karlsruhe, Rudolf Gaug von Karlsruhe, Eugen Schorr von Karlsruhe, Erich Hagenfeld von Durlach, Robert Haupt von Heidelberg, Alfons Weite von Weinheim und Julius Schub von Schwetzingen auf Grund der dem Ministerium mit Allerhöchster Erlaßunterstützung vom 30. Dezember 1908 erteilten Ermächtigung zu Regierungsbeamten ernannt.

## Zum 114. des Schuljahres.

Die genannte Linte besteht aus der Weibhaltung der Paragrafen, weil er allein die Möglichkeit bietet, in der Praxis die Durchbrechung des Grundgesetzes der Simultanlehre zu verhindern. Wenn diese Gefahr wirklich besteht, so

aus dem Leben und aus der Kultur der Gegenwart, und daß man Neues und Modernes verachtet und hochhält und protegiert, auch wenn es ganz nichtig und nutzlos ist. Das man dieser Fehler begehen hat, das wird wohl niemand leugnen wollen, und daß wir unter der Folge dieses Fehlers zu leiden haben, wird auch niemand in Abrede ziehen. Es glaube, daß in solcher Zeit an alle christlichen Männer aller Stände und aller Verfassungen keine Pflicht gebietet, sich heranzustellen, als die in konservativen Sinne tätig zu sein und jene Werte hochzuhalten, die von gewissen modernistischen Strömungen angegriffen und umgewertet werden wollen, und welche doch das Widrigste sind im ganzen Bau der Menschheit und der Gesellschaft, insbesondere die höchsten Güter, die religiösen Güter, die sittlichen Güter auf jede Weise zu schützen durch Wort und Tat, durch offenes Bekenntnis und durch das eigene Leben, um das Wohl des eigenen Volks zu willen, aus Liebe zum Glauben und aus Liebe zum Volk und Vaterland.

hilft die Verweisung auf den Weg der Gesetzgebung in jedem einzelnen Falle auch nicht unter allen Umständen. Bei der Gestaltung des Schulgesetzes muß man mit allen Möglichkeiten rechnen, und da gewinnt es den Anschein, daß die Bedeutung für beide Teile nicht von großer praktischer Bedeutung ist, wie sie glauben und behaupten. Wenn z. B. der nicht außer Bereich der Möglichkeit liegende Fall einträte, daß die Wahlen zur Zweiten Kammer einstmals eine Rechtsmehrheit ergäben, dann würde diese alle Anstrengungen machen, um eine Regierung gleicher Farbe am Leben zu bringen. Von der Ersten Kammer wäre kein Widerspruch im liberalen Sinne zu erwarten, weil die Regierung es in der Hand, mittels der Ernennung von acht liberalen Mitgliedern die Entscheidung herbeizuführen. Es könnten also trotz und ungeachtet der 114. die radikalste Lehr- und Erziehungsreform ermöglicht werden, als die Kurie nur haben will. Einen absoluten Schutz gegen eine Veränderung der Regierungsmethode kann kein Gesetz gewähren, denn jedes Gesetz läßt sich auf gesetzlichem Weg ändern, wenn die vorherrschende Meinung es fordert. In letzter Linie hängt die Sache von dem Ausfall der Wahlen zur Zweiten Kammer ab. Da heißt es arbeiten, aufpassen, organisieren und agitieren. Außerdem: keine Parteien machen. Dieses, was antiliberal gemeint war, ist anders angefallen und hat dem Zustandekommen einer Rechtsmehrheit den Weg gebnet. Wahrscheinlich wird sich nun ein bißchen Streik um den § 114 entspinnen.

Daran ist etwas richtiges. Jedoch handelt es sich nicht darum im vorliegenden Fall sondern um die Abschaffung einer Ausnahmebestimmung gegen die katholische Kirche, die eines Staates, dessen Regierung sich liberal nennt, unwürdig ist. Der § 114 bezm. 116 des Grundgesetzes bedeutet eine Unfreundlichkeit gegen die katholische Kirche, denn er macht bei der Wahl der kirchlichen Institute die Frage, ob sie Lehraufstellungen errichten dürfen von der Schaffung eines Gesetzes abhängig. Und das hat bisher bedeutet, daß über die Frage Freie und Gegner der Kirche, welche in der Zweiten Kammer die Mehrheit hatten und haben die Entscheidung in der Hand hatten. Nur die Kirche und kirchliche Institute sind unter dieses Ausnahmegesetz gestellt. Bisher haben dagegen selbst zweifelhafte Christengruppen Lehraufstellungen errichten können, die das bloß auf egoistischen Gründen taten, ohne daß die Gesetzgebung damit beauftragt worden war. Und wenn heute die Freimaurergesellschaft ein antikirchliches Lehrinstitut gründen will, dann kann sie es mit einfacher ministerieller Erlaubnis; will aber die Kirche oder eine Kongregation ein Lehrinstitut gründen, dann muß die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden, wobei Gegner der Kirche die Entscheidung haben.

Die Frage wird von liberaler Seite bloß deshalb mit der Simultanlehre verknüpft, um ein Schlagwort zu haben, mit dem man Dummköpfe fangen kann. Denn mit der Frage der Simultanlehre hat die Forderung dieses Kulturkampfparagrafen, wie schon gesagt, einen würdigen Eindruck. Die um den Preis von 600 Gulden von dem Orgelbauer Nachinger in Frankfurt am Main 1712 erworbene Orgel wurde im Jahre 1878 durch ein neues Werk von L. Boit in Durlach ersetzt, das auf der Karlsruher Industrieausstellung mit der goldenen Medaille prämiert worden war. Die erste große Glucke der Kirche wurde am 20. Mai 1720 in Gegenwart des Kurfürsten Karl Philipp und seines Geheimes mit dem Weihbischof von Worms feierlich geweiht. Späterhin lieferte der Glockengießer Heinrich Ludwig Gohmann von Landau zwei Glöckchen. Inners und äußeres des altherwürdigen Gotteshauses, das mit dem Werden und Wachsen, den Kämpfen und Sorgen der Mannheimer Katholiken aufs innigste verknüpft ist, befinden sich eine ganze Anzahl Glöckchen erlauchter Familien. Das im Laufe der Zeit abgegangene Glöckchen berichten von dem und jenem, der eintrat in der Mannheimer Gesellschaft und Geschichte eine Rolle gespielt.

Im Jahre 1878 wurde eine durchgreifende Renovation, veranlaßt durch den damaligen Stadtpfarrer Winteroth, vorgenommen. Fast 30 Jahre später, im Jahre 1907, wurde die Kirche wiederum renoviert. Sie erhielt das herrliche Festgeland, in dem sie sich jetzt noch in ihrem Jubeljahr dem Besucher präsentiert. Deren Stadtpfarrer Dr. W. gebührt das Verdienst, die Angelegenheit in Fluß und zur Durchführung gebracht zu haben. Die Geschichte der Kirche, wie der Pfarrgemeinde überhaupt, ist eine sehr wechselvolle und schicksalsreiche. Es darf deswegen auch begrüßt werden, daß sich Herr Lehramtspraktikant Leop. Böhmig der Mühe unterzogen hat, die verschiedensten Archive hier und auswärts zu durchforschen, um alles zusammenzustellen, was Bezug hat auf die Geschichte der Kirche und der katholischen Gemeinde Mannheim. Die Frucht seiner Arbeit liegt nun vor in Gestalt einer im Gremium der Weibung erschienenen, mit vielen feinen Autotypen geschmückten Festschrift von 104 Seiten Umfang. Neben bereits bekanntem ist aber auch eine Fülle bisher nicht gefamten Geschichtsmaterial verarbeitet und untergebracht worden, so daß das Buch wertvoll ist, in einer jeden katholischen Familie dieser Stadt freundliche Aufnahme zu finden, zumal es um den sehr geringen Preis von 1 Mk. in der Gremiums Verhandlung, sowie durch die übrigen Buchhandlungen bezogen werden kann. Auch eine Serie festpostkarten, künstlerisch ausgeführt, sind erschienen und werden dieselben zu 10 Pfg. pro Stück abgegeben. Doch das nur nebenbei. Die Feier läßt gewiß den Wunsch regen, es möge das Gotteshaus, das so vielen schon zum Orte der Sammlung und des Friedens geworden ist, und ebenso die Pfarrgemeinde, deren Mittelpunkt die Kirche bildet, durch ein gültiges Geschick auch in der Zukunft von allem Ungemach bewahrt bleiben.

